

Dresdner Journal.



Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.

Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Beauftragt mit der verantwortlichen Leitung: Hofrat Doenges in Dresden.

Nr. 233.

Sonnabend, den 5. Oktober

1907.

Bezugspreis: Beim Bezuge durch die Expedition, Große Zwingerstraße 20, sowie durch die Post im Deutschen Reich 3 Mark vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf. — Erscheint: Wochentags nachmittags. — H. H. H. Nr. 1296.

Ankündigungen: Die Zeile 11. Schrift der 6 mal gespalt. Ankündigungseite 25 Pf., die Zeile größerer Schrift od. deren Raum auf 2 mal gesp. Zeile im amt. Teile 60 Pf., unter dem Redaktionsdruck (Eingelands) 75 Pf. Preisermäßigung auf Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vorm. 11 Uhr.

Amtlicher Teil.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Direktor der Landes-Heilanstalt Goldsch Obermedizinalrat Dr. med. Philipp Felsner den Titel und Rang als Geheimmedizinalrat zu verleihen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Obergüterverwalter Rechnungsrat Thomas, Vorstand des Verkehrsbureaus der Staatseisenbahnen in Dresden, aus Anlaß seines Übertritts in den Ruhestand das Ritterkreuz 1. Klasse vom Albrechtsorden zu verleihen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den Pfarrern Franz Adolf Theodor Wemmann in Riebiß, Karl Hermann Theodor Weisenborn in Wignitz und Andreas Franz Koch in Chemnitz das Ritterkreuz 1. Klasse vom Albrechtsorden zu verleihen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß der Sanitätsrat Dr. med. Cahnheim in Dresden das ihm von Sr. Majestät dem König von Schweden verliehene Ritterkreuz des Nordsternordens annehme und trage.

Den Telegrapheninspektoren Gerisch und Drusking in Chemnitz sind mit Wirkung vom 1. April 1907 ab unter Ernennung zu Ober-Postinspektoren Bezirksaufsichtsbeamtenstellen bei der Kaiserlich Preussischen Ober-Postdirektion in Chemnitz übertragen worden.

Nachdem Se. Majestät der König von Sachsen auf Grund von Artikel 50 der Verfassung des Deutschen Reichs zu diesen Anstellungen die landesherrliche Bestätigung erteilt haben, wird Solches zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Dresden, am 27. September 1907. 434/5 Postf.

Finanzministerium.

7499

Der mit der Verordnung vom 26. September 1906 (Dresdner Journal vom 1. Oktober 1906 Nr. 228) bekannt gegebenen Vereinbarung norddeutscher Staaten, daß alles Fleisch von Schweinen, welches innerhalb des Gebietes der beteiligten Staaten in Verkehr kommt und aus einem dieser Staaten stammt, als auf Trichinen untersucht angesehen wird, sind am 1. Oktober dieses Jahres die beiden Großherzogtümer Mecklenburg beigetreten, nachdem von diesem Zeitpunkt ab die Trichinenschau für Schweine in beiden Staaten vorgeschrieben worden ist.

Dringliche und Regulative der Gemeinden über die Trichinenschau sind hiermit in Einklang zu bringen.

Diese Verordnung ist in den Amtsblättern zum Abdruck zu bringen. 810 a/II V

Dresden, am 1. Oktober 1907. 7519

Ministerium des Innern.

Da Ende dieses Jahres Herr Sanitätsrat Dr. Findeisen in Dresden-Blauen als außerordentliches Mitglied des königlichen Landes-Redizinalkollegiums und

Herr Sanitätsrat Dr. Lenz in Moritzburg als Stellvertreter des Vorgenannten ausscheiden, so sind bezügliche Neuwahlen erforderlich. Die Ausscheidenden können wieder gewählt werden.

Alle Mitglieder der ärztlichen Bezirksvereine im Regierungsbezirk Dresden werden nun hierdurch aufgefordert, sich an dieser Wahl zu beteiligen und zu diesem Zwecke ihre Stimmzettel, welche nach Maßgabe der Bestimmung in § 6 der Verordnung vom 15. August 1904, die Wahl von außerordentlichen ärztlichen Mitgliedern des Landes-Redizinalkollegiums betreffend, von den Abstimmenden eigenhändig zu schreiben und entweder mit Vor- und Zunamen zu unterschreiben, oder auf der Adresse mit der Angabe:

„Wahlzettel des R. N. zu R.“ zu versehen sind, verschlossen portofrei an den unterzeichneten Wahlleiter (Dresden-Alstadt, Schloßstraße 34/36, königliche Kreishauptmannschaft) einzusenden, oder persönlich bei ihm abzugeben.

In dem Stimmzettel ist genau anzugeben, wer als Mitglied des königlichen Landes-Redizinalkollegiums und wer als dessen Stellvertreter gewählt werden soll. Die Auszählung der Stimmzettel und die Feststellung des Wahlergebnisses wird

den 21. November dieses Jahres, nachmittags 5 1/2 Uhr vorgenommen werden.

Alle erst nach Ablauf dieses Termins eingehenden Stimmzettel bleiben unberücksichtigt und werden vernichtet.

Dresden, am 1. Oktober 1907.

Der ärztliche Beirat der königlichen Kreishauptmannschaft.

Ernennungen, Versetzungen etc. im öffentlichen Dienste.

Im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern u. öffentl. Unterrichts. Zu befehlen: die zweite händige Lehrstelle in Röhlsdorf b. Burgstädt. Kolator: die oberste Schulbehörde. 1400 M. Gehalt, freie Wohnung und 55 M. für Nebenunterhalt; der Frau des Lehrers für Handarbeitsunterricht gegenwärtig 150 M. Besuche mit den erforderlichen Zeugnissen bis zum 28. Oktober an den R. Bezirksinspektoren in Kötzsch.

(Wehrliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Anzeigenteil.)

Nichtamtlicher Teil.

Bom königlichen Hofe.

Dresden, 5. Oktober. Se. Majestät der König lehrte heute nachmittags von den Kesselfelder Jagden nach Pillnitz zurück. Nachmittags 1/2 6 Uhr empfängt Allerhöchsterseits im Residenzschloße eine Kaiserlich Preussische Gesandtschaft, bestehend aus den Herren außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Wien, Generaladjutant, General Jaoz Khan Mofahamed Doolch, Legationsrat Mostapha Khan Sefasol-Memal, Legationssekretär Rahsman Khan, Dolmetsch Konul Gotlob Kraus und Militär-Attache Premierleutnant Abdul Hossain Khan, zur Anzeige der Thronbesteigung des jetzt regierenden Schahs in feierlicher Audienz. Der Empfang findet in Gegenwart des Staatsministers der auswärtigen Angelegenheiten Dr. Graf v. Hofenthal und Bergen und der Herren des königl. Dienstes statt. Vor den königlichen Gemächern tritt hierbei eine Ehrenwache vom königl. Garderegiment auf. Im Anschluß an die Audienz findet bei Sr. Majestät dem Könige Tafel statt, zu der die Herren der Kaiserl. Preussischen Sondergesandtschaft mit dem hier anwesenden Kaiserl. Preussischen internum. Geschäftsträger in Berlin, Legationsrat Johannis Khan, sowie ferner die königl. Staatsminister v. Reichs-Rendebach und Dr. Graf v. Hofenthal und Bergen, Kammerherr Geh. Legationsrat v. Stieglitz und der der Kaiserl. Preussischen Gesandtschaft als Begleiter zugewiesene Assessor Scherz v. Scherz mit Einladungen ausgezeichnet worden sind.

Nach der Tafel begibt sich Se. Majestät der König wieder nach Schloß Pillnitz zurück.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Dresden, 5. Oktober. Das heute ausgegebene 14. Stück des Gesetz- und Verordnungsblatts für das Königreich Sachsen vom Jahre 1907 enthält die Bekanntmachung vom 27. September 1907, die Versammlung der Stände des Königreichs Sachsen zum nächsten ordentlichen Landtag betreffend (I. Dresdner Journal Nr. 228).

Zeitungschau.

Wenn der Sozialdemokratie vorgeworfen wird, daß sie eine Klassenpartei sei, so sucht sie gewöhnlich dem Vorwurf entgegenzutreten und namentlich in Zeiten des Wahlkampfes die Wähler des Mittelstandes glauben zu machen, daß sie nicht bloß die Interessen einer Bevölkerungsklasse zu vertreten gemittelt sei. Was es mit dieser Zurückweisung des Vorwurfs der Klassenpartei in Wirklichkeit auf sich hat, geht aus einer Bemerkung hervor, die dem Zentralorgan der Sozialdemokratie in einer Besprechung der Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik über die Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte entschlüpft ist. Hier heißt es wörtlich:

„Wir wollen nichts weiter aber auch nicht weniger, als die Verwaltung der Städte in den Dienst der sozialen Interessen der größten und wichtigsten, die Stadt durch ihre Arbeit erhaltenden Schicht der städtischen Bevölkerung stellen.“

Und Johann wird bemerkt, daß unter dieser Schicht die Arbeiterklasse zu verstehen ist. Also, die Sozialdemokratie bekennt sich hierdurch zu einer Klassenpartei krasser Art. Die Verwaltung der Städte soll lediglich in den Dienst der Interessen der Arbeiterbevölkerung gestellt werden. Alle übrigen Bevölkerungsschichten haben keinen Anspruch auf die Wahrung ihrer Interessen durch die Stadtverwaltung. Und wie mit den Städten ist es selbstverständlich mit den Staaten, auch mit dem Reich. Auch hier haben die Verwaltungen lediglich Arbeiter-

interessen im Auge zu behalten, die Interessen aller übrigen Bevölkerungsschichten brauchen nicht nur nicht, sie sollen sogar nicht berücksichtigt werden. Diese Bemerkung wird man gut tun, sich für die nächsten Wahlkämpfe zu merken und mit ihr aufzumachen, wenn die Sozialdemokratie wieder befreiten sollte, daß sie eine Klassenpartei sei. Sie stellt in dieser Beziehung den kräftigsten Gegensatz zu allen bürgerlichen Parteien dar, welche die Interessen aller Bevölkerungsschichten wahren wollen.

In der „Gleichheit“ veröffentlicht die bekannte Generalstreikfachverständige „Genossin“ Roland-Holtz eine Betrachtung über die Internationale der sozialdemokratischen Jugend, die auf dem Stuttgarter internationalen Sozialistenkongress ins Leben gerufen worden ist. Schon vor drei Jahren in Amsterdam wurde der Versuch gemacht, die sozialdemokratische Jugend zu organisieren; aber damals gab es erst in Belgien, Österreich und Norwegen einigermaßen lebensfähige Jugendorganisationen, zwischen denen eine Verbindung noch nicht bestand. Von Amsterdam aus wurde aber der Gedanke, allenthalben solche Organisationen zu schaffen, in die sozialdemokratischen Parteien der verschiedenen Länder getragen, und namentlich unter den deutschen „Genossen“ fand er starken Anklang, obwohl die Parteileitung offiziell davon nichts wissen wollte. Gegenwärtig dürfte die deutsche Sozialdemokratie hinsichtlich der Stärke ihrer beiden Jugendorganisationen an der Spitze der roten Internationale marschieren. Frau Roland-Holtz gibt an, daß die Stuttgarter Konferenz die Vertreter von zwölf „nationalen“ Jugendorganisationen umfaßte, die zusammen 60000 Mitglieder zählen; ein Drittel davon dürfte nach bisherigen Angaben von beteiligter Seite auf die deutsche Jugendbewegung entfallen, deren einer Zweig sich freilich neutral nennt, aber gleichwohl mit den anderen ausgesprochen sozialdemokratischen Jugendorganisationen Beziehungen unterhält.

Frau Roland-Holtz erzählt, wie wir der „Kreuzzeitung“ entnehmen, daß schon einige Monate vor der Stuttgarter Konferenz ein internationales Sekretariat für die sozialdemokratischen Jugendorganisationen bestanden habe, aber es habe sich gefügt, ob es möglich sein werde, trotz der „geschichtlich begründeten nationalen Verschiedenartigkeit“ eine gemeinsame Grundlage, eine Art gemeinsamen Programms zu finden, wozu sich die sozialdemokratischen Jugendorganisationen aller Länder bekennen könnten. Diese Möglichkeit habe die Stuttgarter Konferenz erwiehen; in den dort einstimmig angenommenen Thesen über die sozialistische Erziehung der Jugend habe die proletarische Jugendorganisation aller Länder ihre geistige Einheit festgesetzt und begründet. Diese Thesen besagen in der Hauptsache, daß die Erziehung der jungen Arbeiter eine Vorschule der klassenbewußten Arbeiterbewegung sein soll, und daß es der Hauptzweck der Organisationen sei, die proletarische Jugend beider Geschlechter zu tüchtigen Kämpfern für die „Befreiung der Arbeiterklasse“ zu machen. Hervorzuheben ist noch, daß unter diese Thesen, die das Programm der sozialdemokratischen Jugendinternationalen bilden, der Satz aufgenommen worden ist: „Dabei ist auf die Aufklärung über das Wesen der Religion und Kirche im Sinne des historischen Materialismus Gewicht zu legen.“ Durch dieses internationale Programm ist der Zweck und das Wesen der sozialdemokratischen Verbände jugendlicher Arbeiter und Lehrlinge, auch wenn sie als unpolitisch ausgegeben werden, festgelegt.

Der Kommentar, den Frau Roland-Holtz den von ihr formulierten Thesen auf den Weg gibt, ist ebenfalls für die Beurteilung der sozialdemokratischen Jugendbewegung von Interesse. Danach könne die Jugendorganisation nicht ausschließlich Bildungsverein sein, sondern die Aktion, der Kampf, diese wichtigen Erziehungsmittel, müßten ergänzend hinzutreten. Unmöglich aber sei es, einen bestimmten Punkt anzugeben, wo die erworbenen Kenntnisse den jungen Arbeiter reif machen, in die Aktion einzutreten. Die Aktion müsse selbstverständlich aus der besonderen Lage der arbeitenden Jugend in der kapitalistischen Gesellschaft hervorgehen. Sie solle den besten Schutz der weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte gegen profitwärtige Ausbeutung anstreben und sich gegen den Militarismus wenden. Danach soll die sozialdemokratische Jugendbewegung eine Schule bilden für Religionslosigkeit, für Generalstreik und für Antimilitarismus.

Die Sozialdemokraten sehen der Entwicklung ihrer Jugendvereine mit Zuversicht entgegen. Schreibt doch Frau Roland-Holtz: „Die Fülle von Tatkraft, Eifer, Begeisterung und Begabung, die auf der Konferenz zum Ausdruck kam, erweckt die besten Hoffnungen für den Fortschritt der Jugendorganisation.“ Und weiter: „Wenn die sozialistischen Parteien aller Länder den auf die Erziehung der Jugend bezüglichen Passus in der Stuttgarter Resolution in die Tat umsetzen, so werden bis zum nächsten internationalen Kongress gewiß mehr als 100000 Jünglinge und junge Mädchen, von jener jugendlichen Begeisterung erfüllt, die nichts erschrecken kann, das Kadettenkorps der Sozialdemokratie bilden.“